

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 15525
Donnerstag, 21. Februar 2019

Eurostat: Spanien, Italien und Polen kultivieren zwei Drittel der EU-Obstbaumfläche	1
NÖ Klima- und Waldgipfel: Zukunft des Waldes durch Drei-Säulen-Strategie sichern	2
Reisecker zur geplanten Steuerreform: Auch Bauern brauchen Entlastung	4
Burgenlands Rübenbauern fordern Gleichstellung mit anderen Bundesländern	6
ARGE Bergbauernfragen: Rupert Quehenberger folgt auf Franz Essl	6
Kaltenhauser: Novelle des Tiroler Raumordnungsgesetzes schützt wertvolle Böden	8
ProWein 2019: Österreich lockt mit 350 Winzern und neuen Masterclasses	9
Kasachstan stockte 2018 Agrarexporte um ein Viertel auf	10

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

Eurostat: Spanien, Italien und Polen kultivieren zwei Drittel der EU-Obstbaumfläche

Österreich produziert auf 9.519 ha Baumobst

Luxemburg, 21. Februar 2019 (aiz.info). - Rund 1% (knapp 1,3 Mio. ha) der landwirtschaftlich genutzten Fläche in der EU (173 Mio. ha im Jahr 2016) war 2017 mit Obstbäumen bepflanzt. Gut ein Drittel davon entfiel auf Apfelplantagen (473.500 ha, 37%) und ein weiteres Fünftel auf Orangenhaine (255.500 ha, 20%). Pfirsichplantagen wuchsen auf 190.500 ha (15%), Bäume mit kleinen Zitrusfrüchten, insbesondere Satsumas und Clementinen, auf 139.600 ha (11%), Birnenbäume auf 100.400 ha (8%), Marillen auf 75.700 ha (6%) und Zitronenhaine auf 60.100 ha (5%), berichtet Eurostat, das statistische Amt der Europäischen Union, das die Datenerhebung über die EU-Baumobstanlagen alle fünf Jahre durchführt. In Österreich betrug 2017 die mit Obstbäumen bewachsene Gesamtfläche 9.519 ha, davon gediehen auf 7.675 ha Äpfel, auf 218 ha Pfirsiche, auf 621 ha Birnen und auf 1.005 ha Marillen. * * * *

Zwei Drittel der Anbaufläche von Obst in der EU entfielen auf Spanien, Italien und Polen. Spanien war 2017 der führende EU-Mitgliedstaat im Hinblick auf die Obstanbaufläche (422.800 ha bzw. 33% des EU-Gesamtwerts), gefolgt von Italien (279.300 ha bzw. 22%) und Polen (167.300 ha bzw. 13%).

Im Vergleich zu 2012 ist die Anbaufläche von Obstbäumen in der EU leicht gestiegen (+0,4%). Von den Ländern mit den größten Anbauflächen von Obstbäumen wurde zwischen 2012 und 2017 in folgenden Ländern eine Zunahme verzeichnet: Polen (+16.300 ha bzw. +11%), Griechenland (+5.300 ha bzw. +6%), Rumänien (+3.400 ha bzw. +6%) und Portugal (+2.500 ha bzw. +7%). Dadurch wurden Rückgänge andernorts ausgeglichen, insbesondere in Spanien (-9.800 ha weniger bzw. -2%), Italien (-6.300 ha weniger bzw. -2%), Tschechien (-4.100 ha weniger bzw. -29%) und Kroatien (-1.900 ha weniger bzw. -24%).

Polen verfügt über die größte Anbaufläche von Äpfeln

Rund ein Drittel der Fläche von Apfelplantagen in der EU entfiel 2017 auf Polen (160.800 ha, 34%), und ein weiteres Viertel verteilte sich auf Italien und Rumänien (55.800 ha bzw. 55.100 ha, jeweils rund 12%). In der EU nahmen Apfelplantagen zwischen 2012 und 2017 um 23.900 ha zu, mit den größten Steigerungen in Polen (+17.700 ha bzw. +12%), Rumänien (+3.800 ha bzw. +12%) und Italien (+3.600 ha bzw. +7%). Deutliche Rückgänge waren jedoch in Tschechien (2.700 ha bzw. -24%) und der Slowakei (-1.500 ha bzw. -39%) zu verzeichnen.

2017 entfiel über die Hälfte der Orangenhainfläche der EU auf Spanien (135.100 ha bzw. 53%), und ein weiteres Drittel auf Italien (78.300 ha bzw. 31%). Die übrigen Orangenhaine der EU befanden sich mehrheitlich in Griechenland (28.800 ha bzw. 11%). Zwischen 2012 und 2017 schrumpfte die Orangenhainfläche in der EU um 11.700 ha, hauptsächlich bedingt durch den Rückgang um 10% (bzw. 14 900 ha weniger) in Spanien.

Von den Mitgliedstaaten wies Spanien auch die größte Anbaufläche bei kleinen Zitrusfrüchten (72% der Anbaufläche in der EU insgesamt), Zitronen (65%), Pfirsichen (41%) und Marillen (32%) auf. In Italien wurde die zweitgrößte Anbaufläche für all diese Obstarten verzeichnet, aber auch die größte Anbaufläche für Birnen (29.000 ha bzw. 29% der gesamten Birnenanbaufläche in der EU).

Sorte Navel bei mehr als der Hälfte der Orangen

In der EU entfielen 2017 fast zwei Drittel (62%) der erzeugten Orangen auf die Sorte "Navel" und fast zwei Drittel (68%) der Bäume mit kleinen Zitrusfrüchten auf Clementinen. Die am stärksten vertretenen Sortengruppen anderer Obstbäume waren 2017 "gelbfleischige Pfirsiche" (43%), "frühe" Marillen (42%) und "Conference"-Birnen (32%). Unter der Vielzahl an Apfelsorten war "Golden Delicious" am weitesten verbreitet (jedoch mit nur 15% der gesamten Apfelbaumanbaufläche der EU), gefolgt von Idared und Jonagold (jeweils 10%). (Schluss)

NÖ Klima- und Waldgipfel: Zukunft des Waldes durch Drei-Säulen-Strategie sichern

Pernkopf: In Generationen denken, für Generationen handeln

St. Pölten/Burgschleinitz, 20. Februar 2019 (aiz.info). - Im Rahmen des niederösterreichischen Klima- und Waldgipfels im Waldviertel diskutierten 400 Vertreter aus Forstwirtschaft, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik aussichtsreiche Zukunftsstrategien. "Unser gemeinsames Ziel ist es, gesunde Wälder auch für die nachfolgenden Generationen zu sichern", erklärte LH-Stellvertreter **Stephan Pernkopf** und stellte eine Drei-Säulen-Strategie vor. "Im Fokus stehen dabei Forstschutz, ökologische Waldbaumaßnahmen und Klimaschutz. Speziell die Fördermaßnahmen zur Umstellung von Monokulturen auf Mischwaldbestände zeigen Erfolge und sichern damit die gesunde Waldentwicklung in der Zukunft. Die Artenvielfalt im Wald hat weiter zugenommen, der Mischwaldanteil hat sich in den letzten Jahren erhöht." In den Jahren 2015 bis 2020 stehen insgesamt 25 Mio. Euro von EU, Bund und Land Niederösterreich für Maßnahmen zur Pflege und Wiederherstellung gesunder Waldbestände zur Verfügung, davon wurden bereits Projekte in der Höhe von 14 Mio. Euro umgesetzt. * * * *

Insbesondere im Waldviertel sind die durch Klimaveränderungen enorm gestiegenen Borkenkäferkalamitäten eine besondere Herausforderung für die niederösterreichischen forstwirtschaftlichen Betriebe. Die für den Wald extrem ungünstigen Sommerperioden (heiß, dürr, trocken) haben die Borkenkäferpopulation bei der Fichte sehr rasch anwachsen lassen. Die Schadholzmenge stieg in Niederösterreich von 113.000 Festmeter (fm) im Jahr 2014 auf voraussichtlich 3 Mio. fm im Jahr 2018. Das entspricht umgelegt einer Fläche von rund 10.000 ha oder 14.000 Fußballfeldern. Der Holzeinschlag in Niederösterreich liegt je nach Jahr zwischen rund 3,5 und 4,5 Mio. fm. "Der Klimawandel ist in unseren Wäldern angekommen. Das ist Fakt. Die Waldbesitzer müssen sich auf völlig neue Rahmenbedingungen einstellen. Darauf haben wir reagiert und unsere Beratung in den Bereichen Waldbau und Forstschutz intensiviert", erklärte Landwirtschaftskammer NÖ-Präsident **Johannes Schmuckenschlager**.

Markus Hoyos, Obmann der Land & Forstbetriebe Niederösterreich: "Unser Ziel muss sein, den Waldbauern Einkommensmöglichkeiten auf ihren Flächen zu ermöglichen, denn nur dann werden die Wälder von ihnen auch für die Zukunft gesund erhalten werden können. Dafür gibt es eine Reihe von möglichen Maßnahmen wie zum Beispiel Wiederaufforstungsunterstützung, erneuerbare Energieerzeugung, potenzielle landwirtschaftliche Nutzungen auf diesen Flächen und vieles mehr. Auf jeden Fall bedarf es mutiger Schritte, um das wirtschaftliche Überleben der betroffenen Waldbauern in den nächsten Generationen abzusichern."

Doppelt so viele Hitzetage bis 2050

In Niederösterreich hat sich die Jahresmitteltemperatur seit Beginn der Industrialisierung um rund 1,5 °C erhöht. Insbesondere seit den 1990-Jahren erfuhr der Temperaturanstieg eine beachtliche Beschleunigung. Betrachtet man die künftigen Klimaszenarien, dann ist jedenfalls Handlungsbedarf gegeben. "ÖKS15, die bisher umfassendste Studie zur Klimaentwicklung in Österreichs Bundesländern, lässt eine weitere Erwärmung in Niederösterreich um 1,4 °C bis zum Jahr 2050 und um 2 bis 4 °C bis zum Jahr 2100 erwarten", sagte **Michael Staudinger**, Direktor der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG). "Die Zahl der Hitzetage mit mindestens 30 °C nimmt weiter massiv zu und verdoppelt sich bis zum Jahr 2050 in Niederösterreich. Bis zum Jahr 2100 könnten die Hitzetage sogar um das Drei- bis Vierfache häufiger werden."

Ausreichend Mittel für Klima- und Waldmaßnahmen zur Verfügung stellen

Der Anteil der Fichte konnte in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich um zirka 20.000 ha gesenkt werden, von rund 40% (1990) auf etwa 36% (2018). Im Gegenzug stieg der Anteil der Misch- und Laubwälder. Seit 2015 konnten von den Behörden in Summe rund 8.000 ha Waldbaumaßnahmen in Bereichen wie Aufforstung, Bestandsumwandlung oder Jungwuchspflege bewilligt und Unterstützung in der Höhe von 14 Mio. Euro genehmigt werden. Pernkopf: "Wenn wir wissen, dass der Klimawandel in unseren Wäldern angekommen ist, dann brauchen wir in Zukunft sicher noch verstärkte Unterstützung der Europäischen Union für solche Klima- und Waldmaßnahmen." "Jeder Euro, der für die Wiederbewaldung und den Forstschutz verwendet wird, ist eine Investition für künftige Generationen. Deshalb müssen für diese Maßnahmen auch in der nächsten Förderperiode genügend Mittel vorhanden sein", bekräftigte **Franz Fischer**, Obmann des Waldverbandes NÖ.

7.000 Schadholz-Aufarbeitungsbescheide ausgestellt

Zudem setzt das Land verstärkt auf den Forstschutz. Im Jahr 2018 wurden in Niederösterreich knapp 7.000 Schadholz-Aufarbeitungsbescheide ausgestellt, das entspricht in etwa einer Vervierfachung gegenüber der vergangenen Jahre. Ziel der Behörde ist eine gute Kontrolle, um befallene Bäume und das Holz so rasch wie möglich aus dem Wald zu schaffen. Pernkopf kündigt in diesem Bereich die Möglichkeit von Verordnungen statt Einzelbescheiden durch die Bezirksverwaltungsbehörden an, um die Borkenkäferbekämpfung und den Forstschutz noch effizienter zu gestalten und die Verwaltung zu vereinfachen. Ein Augenmerk gilt dabei Waldeigentümern in Städten, die wenig Zeit für Kontrollgänge vor Ort haben.

Die besten Anpassungsmaßnahmen können nur einem gewissen Temperaturanstieg entgegenhalten. Gerade deshalb müssen auch deutliche Aktivitäten beim Klimaschutz und der Energiewende stehen. "Für die Erreichung der Klima- und Energieziele ist ein nachhaltiger Ausstieg aus fossilen Energieträgern notwendig und kein Weg führt an erneuerbaren Rohstoffen vorbei. Deshalb treten wir

auch vehement für den Erhalt unserer Holzkraftwerke in Österreich ein. 47 Holzkraftwerke in Österreich erzeugen Strom für Hunderttausende Haushalte und schaffen rund 6.000 Arbeitsplätze. Um Schaden in der Landwirtschaft sowie bei Arbeitsplätzen abzuwenden und die Klima- und Energieziele dennoch erreichen zu können, erfolgt nun eine einfachgesetzliche Lösung auf Bundesebene, die den Ländern ermöglicht, weiterhin Ökostrom und somit die ganze Wertschöpfungskette zu fördern", so Schmuckenschlager.

Zahlen und Fakten zum Wald in Niederösterreich

Die Gesamtwaldfläche Niederösterreichs beträgt 790.000 ha oder 41% der Landesfläche von 1,917.431 ha. Niederösterreich als flächenmäßig größtes Bundesland hat die zweitgrößte Waldfläche unter den neun Bundesländern. Wirtschaftswald ist die Hauptbewirtschaftungsform mit rund 96% der forstwirtschaftlichen Fläche. Die Hauptbaumarten sind Fichte, Kiefer, Tanne, Lärche, Buche, Eiche und Esche.

Der Wald ist zudem ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für Niederösterreich. Er sichert rund 23.000 Arbeitsplätze im Forst sowie in der Holzverarbeitenden Industrie und im Gewerbe. Weiters stellt er für 31.000 Betriebe (Waldeigentümer mit land- und forstwirtschaftlicher Fläche) eine wesentliche Lebensgrundlage dar. Der Produktionswert des Wirtschaftsbereiches Forstwirtschaft liegt in Niederösterreich bei rund 400 Mio. Euro. Die Hälfte des Waldes (50,1% oder 396.000 ha) wird von Betrieben mit einer Fläche unter 200 ha bewirtschaftet, 39,3% oder 312.000 ha sind Unternehmen mit Forstpersonal und Gebietskörperschaften und 10,4% oder 82.000 ha sind im Besitz der Österreichische Bundesforste AG.

Die waldbaulichen Empfehlungen des Landes Niederösterreich stehen auf aiz.info als Download zur Verfügung. (Schluss)

Reisecker zur geplanten Steuerreform: Auch Bauern brauchen Entlastung

Hauptknackpunkt sind hohe Sozialversicherungsbeiträge für Landwirtschaft

Linz, 21. Februar 2019 (aiz.info). - Mit der geplanten Steuerreform sollen von 2020 bis 2022 schrittweise auf 4,5 Mrd. Euro ansteigende Entlastungen für die Bürger und die Wirtschaft umgesetzt werden. "Die Landwirtschaftskammer (LK) fordert vor allem eine spürbare Entlastung bei den Sozialversicherungsbeiträgen für klein- und mittelbäuerliche Betriebe, die auch bei der geplanten Tarifreform für die Einkommensteuer keine Entlastungen zu erwarten haben. Zudem sind dringend weitere Entlastungen bei der Besteuerung von Betriebsmitteln sowie bei den SV-Beiträgen für Saison-Fremdarbeitskräfte im Obst- und Gemüsebau erforderlich", verlangt der Präsident der LK Oberösterreich, **Franz Reisecker**, und ergänzt: "Aufgrund der in mehreren Sparten schwierigen Einkommenssituation, steigender Produktionsauflagen und hoher SV-Beitragsbelastungen drohen vor allem kleinere bäuerliche Betriebe völlig aus der Produktion gedrängt zu werden. Speziell in benachteiligten Gebieten und Grünlandregionen könnte das zur völligen Aufgabe der Bewirtschaftung bisheriger Kulturlandschaftsflächen führen. Zudem drohen aufgrund der verzerrten wirtschaftlichen Wettbewerbssituation ganze Sparten der Agrarproduktion - wie etwa im Obst- und Gemüsebau - wegzubrechen. Bei der anstehenden Steuerreform muss hier gezielt durch Entlastungen gegengesteuert werden." * * * *

Mehrstufige Steuer- und Abgabentlastung

In einem ersten Schritt sollen im Zuge der geplanten Steuerreform im kommenden Jahr vor allem Niedrigverdiener, die keine Einkommensteuer zahlen, durch eine Senkung der SV-Beiträge im Volumen von rund 700 Mio. Euro entlastet werden. Daneben sind eine Erhöhung der Werbungskostenpauschale sowie eine Anhebung der Kleinunternehmergrenze im Umsatzsteuerrecht in Diskussion. In einer zweiten Stufe soll 2021 durch eine Senkung des Einkommensteuertarifes in den unteren Stufen der Kernpunkt der Reform umgesetzt werden. 2022 sollen dann Maßnahmen zur Attraktivierung des Wirtschaftsstandortes sowie zur Sicherung und zum Ausbau von Arbeitsplätzen folgen.

Hauptknackpunkt Sozialversicherungsbeiträge

Viele kleinere bäuerliche Betriebe können die SV-Beiträge nicht mehr aus den Einkünften der Land- und Forstwirtschaft erwirtschaften. Aufgrund einer hohen Mindestbeitragsgrundlage bei der pauschalen Beitragsberechnung und einer noch höheren Mindestbeitragsgrundlage sowie einem dreiprozentigen Aufschlag bei der SV-Beitragsgrundlagenoption sind hier vor allem Kleinbetriebe mit einer untragbaren Kostenbelastung konfrontiert. Die Bäuerinnen und Bauern fordern daher eine Angleichung der Mindestbeitragsgrundlage mit der gewerblichen Sozialversicherung. "Nur so können unsere klein- und mittelbäuerlichen Strukturen gerade im Berg- und Grünlandgebiet auch mittel- und längerfristig in der Produktion gehalten werden", appelliert Reisecker.

Dramatische Wettbewerbsverzerrung im Obst- und Gemüsebau

Die heimischen Konsumenten und der Lebensmitteleinzelhandel setzen immer stärker auf heimisches Obst und Gemüse. Nicht überall kann hier die bestehende Nachfrage nach heimischen Produkten gedeckt beziehungsweise die erforderlichen Preise zur Deckung der höheren Produktionskosten in Österreich bezahlt werden. Die LK fordert daher mit Deutschland vergleichbare Wettbewerbsbedingungen für den Einsatz ausländischer Saisonarbeitskräfte. Vor allem im Obst- und Gemüsebau aber auch im arbeitsintensiveren Biolandbau werden zur Bewältigung von Arbeitsspitzen Fremdarbeitskräfte dringend benötigt. "Es braucht vor allem eine Entlastung bei den SV-Beiträgen für ausländische Saisonarbeitskräfte nach dem Modell der 70-Tage-Reglung in Deutschland. Ansonsten ist die Versorgung mit heimischem Obst und Gemüse mittelfristig massiv in Gefahr", warnt der Kammerpräsident.

Agrar- und Lebensmittelproduktionsstandort stärken

Österreich verfügt über eine auf dem Heimmarkt und insbesondere auch im Export sehr erfolgreiche Lebensmittelverarbeitung beziehungsweise -industrie. Diese sieht sich am EU-Binnenmarkt aber einer immer schärferen wirtschaftlichen Konkurrenz ausgesetzt. Wesentliche Grundlage für diesen Wirtschaftszweig ist die heimische Landwirtschaft, die diesen mit Agrarprodukten beziehungsweise Rohstoffen versorgt. "Es braucht daher in einem weiteren Schritt der Steuerreform ab 2022 auch dringend steuerliche Entlastungen für die heimischen bäuerlichen Betriebe im Betriebsmittelbereich, um die Rohstoffversorgung der Lebensmittelwirtschaft auch mittel- und längerfristig sicherstellen zu können. Wenn es bei einem weiteren Schritt der Steuerreform 2022 um die Attraktivierung des Wirtschaftsstandortes geht, muss auch die Agrar- und Lebensmittelwirtschaft wesentlicher Teil der steuerlichen Entlastung sein", fordert Reisecker unmissverständlich von der Bundesregierung.
(Schluss)

Burgenlands Rübenbauern fordern Gleichstellung mit anderen Bundesländern

Fröch: Anbau, Versorgungslage, Arbeitsplätze und Umwelt sind gefährdet

Eisenstadt, 21. Februar 2019 (aiz.info). - Die Trockenheit und das Auftreten des Rübenrüsselkäfers haben den Rübenbauern im Vorjahr stark zugesetzt und zu massiven Ertragsausfällen geführt. In Niederösterreich, Oberösterreich und der Steiermark, aber auch in den angrenzenden Staaten wie Ungarn, Tschechien und der Slowakei wurden Notfallzulassungen von Saatgutbeizungen genehmigt. Im Burgenland wurden diese nicht erteilt. Den burgenländischen Rübenbauern erwachsen dadurch enorme Wettbewerbsnachteile gegenüber ihren Berufskollegen in den anderen Bundesländern und den Nachbarstaaten. Der Zuckerrübenanbau, der im Burgenland eine lange Tradition hat, droht nun zu seinem Ende zu kommen. Die Anbaufläche ist heuer um mehr als die Hälfte kleiner als noch vor wenigen Jahren. * * * *

"Unsere burgenländischen Rübenbauern sind mit anderen Bundesländern und den Nachbarstaaten nicht mehr konkurrenzfähig. Für kleine bäuerliche Betriebe bedeutet diese Ungleichbehandlung, dass sie den Zuckerrübenbau wahrscheinlich ganz einstellen müssen. Folge davon ist, dass viele Arbeitsplätze in der Landwirtschaft sowie in den vor- und nachgelagerten Bereichen gefährdet sind. Eine Zuckerfabrik ist von der Schließung bedroht, was weitere Arbeitsplätze kosten wird. Zudem würden auch Sammelplätze geschlossen, wodurch für alle Rübenbauern - ob bio oder konventionell - zusätzlich infrastrukturelle und logistische Probleme ins Haus stehen", zeigt **Markus Fröch**, Präsident des burgenländischen Rübenbauernbundes, auf.

"Die Politik, die sich gegen die Notfallzulassungen stark macht, trägt auch die Verantwortung dafür, dass die Selbstversorgung durch heimischen Zucker gefährdet ist. Es warten bereits Produzenten in Übersee, die auf neu gerodeten Urwaldflächen Rohrzucker anbauen und zu uns liefern, was das Klima weiter schädigt. Unsere Rübenbauern setzen auf eine vielfältige Landwirtschaft und auf Regionalität. Dazu bedarf es Rahmenbedingungen durch die Landesregierung, welche sie gegenüber Zuckerproduzenten in anderen Ländern nicht benachteiligt und der Regionalität wieder Auftrieb gibt", so Fröch abschließend. (Schluss)

ARGE Bergbauernfragen: Rupert Quehenberger folgt auf Franz Essl

Essl stand 23 Jahre lang als Obmann an der Spitze

Wien, 21. Februar 2019 (aiz.info). - Die Arbeitsgemeinschaft Bergbauernfragen hat heute ein neues Präsidium gewählt. An der Spitze dieser Organisation, die sich intensiv mit den spezifischen Anliegen der heimischen Bergbäuerinnen und -bauern auseinandersetzt, steht nun der Präsident der Landwirtschaftskammer (LK) Salzburg, Rupert Quehenberger. Er übernahm das Amt von Franz Essl, der 23 Jahre lang der Bergbauern-Arbeitsgemeinschaft (ARGE) vorstand. Stellvertreter Quehenbergers sind der Tiroler LK-Präsident Josef Hechenberger, der niederösterreichische Landeskammerrat Andreas Ehrenbrandtner und die oberösterreichische Kammerrätin Johanna Miesenberger. * * * *

Köstinger: Dank an Essl

"Die österreichische Landwirtschaft steht vor immer größeren Herausforderungen. Unser größtes Ziel muss es sein, eine flächendeckende Landwirtschaft möglich zu machen, insbesondere im Berg- und benachteiligten Gebiet. Denn die Versorgung mit sicheren, qualitativ hochwertigen und regionalen Lebensmitteln muss weiterhin in Österreich garantiert sein. Franz Essl hat sich in seiner fast 25-jährigen Tätigkeit als Obmann der ARGE Bergbauern unermüdlich für diesen erfolgreichen Weg eingesetzt. Dafür möchte ich mich heute im Namen aller Bäuerinnen und Bauern bedanken", so Bundesministerin **Elisabeth Köstinger**.

Neuer Obmann: Quehenberger

Rupert Quehenberger bewirtschaftet einen Milchviehbetrieb mit Nachzucht und Forstwirtschaft und bietet auch Urlaub am Bauernhof an. Er fungiert unter anderem seit 2008 als Vorstandsmitglied im Waldverband Salzburg, war zwischen 2010 und 2018 Obmann der Bezirksbauernkammer Hallein, ist seit 2011 Mitglied des regionalen Leistungsausschusses der SVB und hat seit 2013 das Amt des Präsidenten des Ökosozialen Forums Salzburg inne. Im Dezember 2018 folgte er Franz Essl als Präsident der Landwirtschaftskammer Salzburg.

23 Jahre Obmann Essl

Im Oktober 1995 übernahm Franz Essl die Leitung in der ARGE Bergbauernfragen. Die agrarpolitische Situation 1995 war geprägt durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union und die Übernahme der Gemeinsamen Agrarpolitik. Alle Förderungen, auch jene für die Bergegebiete, wurden neu ausgerichtet. Österreich wurde damals auch Mitglied in der europäischen Bauernvertretung COPA und wirkte in den verschiedenen Arbeitsgruppen mit. Herausragend war die Neuausrichtung der Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete mit einem Sockelbetrag, einer stärkeren Gewichtung der Hangneigung und der Viehwirtschaft, verbunden mit einer Aufstockung von 2000 auf 2001 um rund 80 Mio. Euro.

In den folgenden Jahren befasste sich die ARGE Bergbauern mit der "Agenda 2000" - der Neuausrichtung der Förderpolitik, begleitete den Ausbau der EU-Agrarpolitik um die Ländliche Entwicklung als 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und wirkte an der Fertigstellung des Berghöfekatasters mit. 1998 fand eine Sitzung der COPA-Arbeitsgruppe Benachteiligte Gebiete in Salzburg statt. 2002, im "Jahr der Berge", verabschiedete die ARGE ein Bergbauernmemorandum, das an den damaligen Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und den ehemaligen Landwirtschaftsminister Wilhelm Molterer übergeben worden ist. Im selben Jahr fand auch der Europäische Bergbauernkongress in St. Johann im Pongau und die 50 Jahre ARGE Bergbauernfragen-Jubiläumsveranstaltung in Salzburg statt. Bis zum Jahr 2018 wurden unter der Obmannschaft Essls Arbeitstagungen der ARGE Bergbauernfragen zu Themen wie Anbindung an aktuelle agrarpolitische Herausforderungen für die Bergegebiete, grundlegende agrarpolitische Aufgaben im Rahmen der GAP oder der Neuabgrenzung der "Sonstigen Benachteiligten Gebiete" abgehalten. (Schluss) - APA OTS 2019-02-21/15:00

Kaltenhauser: Novelle des Tiroler Raumordnungsgesetzes schützt wertvolle Böden

Tratter: Laufend neue Regionalprogramme für landwirtschaftliche Vorsorgeflächen

Innsbruck, 21. Februar 2019 (aiz.info). - Boden ist in Tirol Mangelware. Damit auch künftige Generationen noch genügend Platz zum Leben und Wirtschaften haben, dafür sollen die zentralen Weichenstellungen in den aktuellen Novellen zur Raumordnung und zum Baurecht sorgen. Als VP-Sprecherin des ländlichen Raumes und Bäuerin sei es für sie sehr erfreulich, dass die Ressource Grund und Boden in Zukunft noch besser geschützt werden soll, betont die Landtagsabgeordnete **Kathrin Kaltenhauser**, mahnt gleichzeitig aber: "Der Verbrauch wertvoller Bodenressourcen ist in Tirol nach wie vor zu hoch." Durch die geplanten Regelungen zu den Stellplätzen bei Supermärkten komme nun aber Bewegung ins Spiel, denn das neue Wohnpaket des zuständigen Landesrats **Johannes Tratter** enthält eine Verpflichtung zur Errichtung von Stellplätzen in Form von Hoch- oder Tiefgaragen. "Diese Maßnahme entspricht einer verantwortungsvollen Politik. Ich weiß zwar, dass ich die Vergangenheit nicht ändern kann, aber für die Zukunft trage ich Verantwortung und auch wenn nun diese Entscheidung nicht allen passt, so bin ich der festen Überzeugung, dass das ein ganz wichtiger Schritt für den Bodenschutz im Land Tirol ist", so die Abgeordnete. * * * *

Im Gegensatz zu Einkaufszentren durften Handelsbetriebe bis jetzt nämlich noch immer Parkflächen im Außenbereich bauen, wobei wertvollstes Grünland versiegelt wurde. "Durch die bevorstehende Novelle des Tiroler Raumordnungsgesetzes werden nun auch Handelsbetriebe mit über 300 m² Kundenfläche dazu verpflichtet, Stellplätze in Form von Hoch- und Tiefgaragen zu errichten", erklärt Kaltenhauser. Im Sinne der Reduktion des Flächenverbrauches werden auch Mehrfachnutzungen bei Handelsbetrieben angestrebt.

Sicherung von Flächen - schrittweise Umsetzung

"In Tirol sind nur rund 12% der Landesfläche als Siedlungs- und Wirtschaftsraum zu verwenden. Praktisch natürlich deutlich weniger, will man unbebaute Frei- und Grünräume für Erholung und Landwirtschaft erhalten. Nicht zu übersehen sind zudem jene Bereiche, die aufgrund von Naturgefahren nur eingeschränkt nutzbar sind. Entsprechend herausfordernd ist es, mit den Instrumenten der Raumordnung eine Balance zwischen schützenswerten Freiflächen einerseits sowie Entwicklungsbereichen für Siedlungen und Wirtschaft andererseits zu finden", schildert Tratter. Bereits im Juli 2015 fasste daher der Landtag eine EntschlieÙung zum Erhalt von hochwertigen landwirtschaftlichen Böden. Dieser Schutz wird in zwei Schritten umgesetzt.

"In einer ersten Phase wurden bereits bestehende Raumordnungsprogramme für landwirtschaftliche Vorrangflächen und überörtliche Grünzonen überarbeitet und fortgeschrieben sowie mit Vorsorgeflächen ergänzt", erklärt der zuständige Landesrat. "In einem zweiten Schritt wurden und werden laufend neue Regionalprogramme für landwirtschaftliche Vorsorgeflächen nach einer einheitlichen Methodik erstellt, in der vor allem die Bodenbonität, Flächengröße und Hangneigung berücksichtigt werden. Mit diesen Programmen werden aber nicht nur hochwertige landwirtschaftliche Nutzflächen gesichert, sondern auch die Gemeinden dabei unterstützt, kompakte Siedlungsgebiete mit ausreichendem Erholungsraum sicherzustellen. (Schluss)

ProWein 2019: Österreich lockt mit 350 Winzern und neuen Masterclasses

Europas bedeutendste Weinmesse hat von 17. bis 19. März in Düsseldorf geöffnet

Wien/Düsseldorf, 21. Februar 2019 (aiz.info). - Von 17. bis 19. März 2019 feiert in Düsseldorf die ProWein, Europas bedeutendste Weinmesse, ihr 25-jähriges Jubiläum. Österreich bietet mit rund 350 Winzern in Halle 17 ein dreitägiges Programm der Extraklasse, kündigt die Österreich Wein Marketing GmbH an. * * * *

Die größte Neuerung in Halle 17 betrifft den Stand C30 der Österreich Wein Marketing (ÖWM). Dieser wird um eine großzügige Seminarfläche erweitert, wo an allen Messtagen hochkarätig moderierte Masterclasses rund um die heimische Weinvielfalt stattfinden. Ein tägliches Update zu den Entwicklungen im Weinland Österreich steht dabei ebenso auf dem Programm wie zahlreiche informative Workshops zu spezifischen Weinbaugebieten oder Weinstilen - etwa zur Königsklasse des heimischen Schaumweins, Sekt g.U., zu den neuen Ortsweinen der steirischen DAC-Gebiete, den letzten Überlegungen in der Wachau etc. Eine durchgehend geöffnete Verkostungsbar mit wechselndem Programm setzt zusätzliche Anreize für das internationale Fachpublikum, in die Halle 17 zu kommen und mit den 350 anwesenden österreichischen Winzern in Geschäftskontakt zu treten.

Diese können mit dem Jahrgang 2018 voll punkten: In allen österreichischen Weinbaugebieten zeigen sich die Weine vollreif, sortentypisch und harmonisch. Zu den erfreulichen Qualitäten gesellt sich eine überdurchschnittliche Erntemenge von 2,75 Mio. hl (24% über dem Schnitt der vergangenen fünf Jahre). "Der Jahrgang 2018 brachte in Österreich sehr gute Qualitäten in zufriedenstellender Menge. Die ProWein bietet mit ihrem hochprofessionellen Konzept den idealen Rahmen für unsere Winzer, um ihre Weine Tausenden Branchenprofis aus aller Welt zu präsentieren", resümiert ÖWM-Geschäftsführer **Willi Klinger**.

Wein aus Österreich: erfolgreich durch starke Identität

Zwar ist Österreich nur für knapp 1% der Weltweinproduktion verantwortlich, doch die herausragenden Qualitäten sorgen für höchste internationale Anerkennung und Nachfrage. Leistungsfähige Familienbetriebe erzeugen in Handarbeit einzigartige, charakterstarke Produkte, wobei Tradition auf den Innovationsgeist junger dynamischer Winzer trifft. Mit kompaktem Körper und unverwechselbarer Frische sind Österreichs Weine ausgezeichnete Speisenbegleiter. Die faire Preisgestaltung steigert ihre Attraktivität im internationalen Vergleich zusätzlich.

ProWein: 25-jährige Erfolgsgeschichte

1994 aus der Taufe gehoben, hat sich die ProWein (<https://www.prowein.de/>) in Düsseldorf zur europaweit bedeutendsten Fachmesse für Weine und Spirituosen entwickelt. Konstant wachsende Aussteller- und Besucherzahlen belegen ihren Stellenwert eindrucksvoll. 2019 werden sich über 6.800 Aussteller aus knapp 300 Weinanbaugebieten den erwarteten 60.000 internationalen Fachbesuchern präsentieren. (Schluss)

Kasachstan stockte 2018 Agrarexporte um ein Viertel auf

Iran, EU und China als wichtigste Handelspartner

Astana, 21. Februar 2019 (aiz.info). - Aus Kasachstan sind 2018 Agrar- und Ernährungsgüter im Gesamtwert von über 3,0 Mrd. USD (2,6 Mrd. Euro) ausgeführt worden und damit um 24,5% mehr als im Jahr davor, gab das Landwirtschaftsministerium in Astana Anfang dieser Woche bekannt. Das Ressort hob dabei die Ausweitung der Lieferungen in Länder, die Kasachstan als besonders wichtig betrachtet, hervor. So nahmen die Ausfuhren nach China um 43,7% auf gut 258 Mio. USD (227,5 Mio. Euro) zu. Mit jeweils etwa 329 Mio. USD (290,1 Mio. Euro) wurden jene in den Iran fast verdoppelt und in die Europäische Union um 20,8% ausgeweitet. Ferner stiegen die Agrarexporte in die Türkei um 34,2% auf rund 113 Mio. USD (99,6 Mio. Euro) und in die am Persischen Golf liegenden Länder mit insgesamt fast 3,6 Mio. USD (3,2 Mio. Euro) auf das 3,8-Fache. (Schluss) pom